

Frankenberger Tageblatt

604

Das Tagesblatt erscheint an jedem Freitag: Monats-Bezugspreis bei Vorzahlung in den Postämtern der Städte 1.90 RM., in den Postämtern bei Nachzahlung 1.90 RM., bei Postung im Gebiete 1.95 RM., bei Postung im Ausland 2.00 RM.
Wochensatz 50 Hg., Monatsatz 1.00 Hg., Geschäftsnummer 20 Hg., Postfachnummer: 215/2151, Gemeindefachnummer: 121/1211, Fernsprecher 61, Telegrammnummer: 215/1211 Frankenberger.

Bezirks-Anzeiger

Zusatzpreis: Der Grundpreis für die 28 mm breite einseitige Zeitung beträgt 80 Hg. pro Jahr für die 12 mm breite einseitige Zeitung 60 Hg. pro Jahr. Keine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Rückzahlungen und Verrechnung 1 Stelle vorbehalten. — Für sämtliche Anzeigen sind bei Abgabe die nötigen Aufträge und im Wiederholungsdruck die nötigen Aufträge zu beifügen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Söbha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Notationsdruck und Verlag: C. & K. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg, Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegel, Frankenberg

Nr. 60 Sonnabend den 12. März 1927 nachmittags 86. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist um 3,7 Prozent zurückgegangen.
In der Saarfrage und auch in der ober-schlesischen Angelegenheit ist es bisher noch zu keiner Einigung gekommen. Wahrscheinlich werden die beiden Fragen in der heutigen Sitzung des Völkerverbundes zur Sprache gebracht werden. Eine Entscheidung würde durch Mehrheitsbeschluss herbeigeführt werden.
Der Versailler Militärtrat wird am kommenden Freitag die Entscheidung über die Höhe der Besatzungsstärke fällen. Die bisherige Besatzungsstärke bleibt mutmaßlich bis zum 1. Juni unverändert bestehen, da kein Antrag auf Herabsetzung vorliegt.
Aus dem Südwesten Frankreichs werden große Überschwemmungen gemeldet, die durch die noch anhaltenden Regenfälle immer bedrohlichere Ausmaße annehmen.
Der König von Spanien ist schwer an der Grippe erkrankt.
Trojki hat sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf zwei Monate nach dem Kaukasus begeben. Nach Ablauf dieser Zeit wird er den Vorsitz des Hauptkongressausschusses wieder übernehmen.
Der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge erklärte, das die Ansetzung des Generals Diaz, die Vereinigten Staaten sollten das Protektorat über Nicaragua übernehmen, weiterginge, als die Regierung der Vereinigten Staaten zu gehen wünsche.

Den Unbeflegten

„Victi — invicti — victuri“ (die Beflegten den Unbeflegten — die Siegen werden) mit diesem Motto wollen wir den Tag der allgem. Trauer um unsere teuren Gefallenen beginnen. Ein heiliges Gedächtnis nicht nur auf den Tippen, sondern im Herzen, wollen wir im Geist aus den fernen Hügeln nahen, wo unsere Väter, Männer, Brüder und Söhne schlummern, schlichte Felder der Pflicht und des Alltags, für deren Heroismus noch kein Homer, kein Goethe und kein Friedrich Schiller bisher erlaubte, weil der erfüllten Pflicht eben so gar nichts Heroisches eigen ist. Laten einzeln ragen hervor und haben wohl ihre Sänge und Dichter gefunden, — das Gewaltige aber dieser Zeit, das ungeheure Kriegserleben des ganzen deutschen Volkes in Waffen und dahinein, vermag keine Feder zu schildern, vermag kein Dichterherz zu erfassen und kein Klopffuß zu befeigen, — es würde eitel Stäudwerk bleiben. Darum wollen wir so schlicht und ohne Hebelbeschwörungen, wie unsere braven Feldtruppen gelitten haben und gestorben sind, den tiefsten Tag der großen Volkstrauer begehen. „Reminiscere — gedenket!“ ruft uns der stille Vorbildungs- und Gedankentag zu. Und wir wollen gedenken all derer, die für uns ihr Leben dahingelassen haben, der Unbeflegten, die im Glauben und in der Hoffnung an ein glückliches Ende ihres gerechten Kampfes hindergegangen sind und wohl gar ein glückliches Los gezogen haben, als die, die heimkehrten nach Leiden und Entbehrungen ohne Gleichen, denen die verdienten Lorbeeren schmählich entziffen wurden und die das ungeheure Leid schamen mußten, das über uns kam, nachdem wir sowohl den Krieg als — noch weit schlimmer — auch den Frieden verloren hatten. Im stillen Kämmerlein wird heute so manche einsame Mutter, so manch verlassenes Weib, manch bedrückte Witwe der Gefallenen gedenken. Ihre umflorten Augen werden in die ferne schauen und vergeblich ausschauen nach den schlichten Grabstätten, die hier und dort in fremden Ländern ein stummendes Meer schwarzer Kreuze bezeichnen. In den Gotteshäusern und vor den Heilern und erzenen Denkmälern, die Kreuze und Anhänglichkeit allerorten den Gefallenen geweiht haben, werden heute die verfallenen Fahnen sich sammeln, Mistel wird erwidern und manch gutes von Herzen kommendes und zu Herzen gehendes Wort wird im Gedächtnis an die toten stillen Felder gesprochen werden. Das Heiligste und Größte aber an diesem Volkstrauerstag ist die wunderbare Einigkeit, mit der ein ganzes Volk im Geiste vor die Gräber seiner toten Söhne tritt. Darum wollen wir den Schlummernden die Ruhe nicht föhren durch Parteigegensatz und alltäglichen Haber der einen über den andern. Laßt schweigen heute wenigstens im Erinnern an jene treuen Männer die Kämpfe der Zeit, die doch so wenig sind gegen

Völlig ungeklärte Lage in Genf

Abstimmung über die Saarfrage in öffentlicher Ratssitzung? Gegenüber grundsätzlicher Art

Genf, 11. 3. In den heutigen Abendstunden findet zwischen den verschiedenen Delegationen ein lebhafter Meinungsaustausch über die drei noch offenen Fragen statt, die in der morgigen letzten Sitzung des Völkerverbundes zur Verhandlung gelangen werden. Die Lage ist zur Stunde sowohl in der Saarfrage als auch in der Oberschlesienfrage und der Frage der deutschen zivilen Luftschiffahrt völlig ungeklärt. Aus Kreisen der deutschen Delegation wird mitgeteilt, daß gegenwärtig noch nicht zu übersehen sei, welchen Verlauf die Verhandlungen des heutigen Abends nehmen werden. In allen drei Fragen bestehen noch immer Gegenüber grundsätzlicher Art. Heute abend um 11 Uhr tritt die deutsche Delegation zu einer Beratung zusammen, auf der voraussichtlich die endgültige Stellungnahme festgelegt wird. Um 1/8 Uhr besaßen sich Staatssekretär von Schubert und Ministerialdirektor Gauss ins Hotel Beauvillage, um mit Venedig über die Regelung der zivilen deutschen Luftschiffahrt zu verhandeln.

Die größten Schwierigkeiten bestehen nach wie vor in der Saarfrage. Im Augenblick wird über den Charakter des zu schaffenden internationalen Wafenschutzes verhandelt. Große Gegenüber bestehen ferner noch über die Mannschiffszahl des Wafenschutzes und die Festsetzung des Abzugstermins für die französischen Truppen.
Wie verlautet, beschäftigt der Berichterstatter des Völkerverbundes für die Saarfrage, Sinaloja, falls bis heute abend keine Einigung erzielt wurde, die gesamte Frage in der öffentlichen Ratssitzung zur Sprache und eventuell auch zur Abstimmung zu bringen. Sollte es tatsächlich hierzu kommen, so muß mit einer sehr lebhaften Debatte innerhalb des Rates gerechnet werden. Man nimmt an, daß in diesem Fall der Reichsaußen-

abgewartet. Die Schlichtung wird infolgedessen auch keine wesentlich neuen Gesichtspunkte mehr aufwerfen, da das polnische Schwergewicht von Genf nach Berlin und Warschau verlegt werden wird.
Das Reichskabinett hat bisher von dem Kompromißvorschlag Dr. Stresemanns lediglich Kenntnis genommen und wird die Rückkehr des Reichsaußenministers nach Berlin abwarten, um die Gründe zu hören, die zum deutschen Entgegenkommen gegenüber Polen geführt haben. Der Reichsaußenminister wird bereits am Montag in Berlin mit den anderen Mitgliedern der Delegation zurückkehren. Nach seiner langen Abwesenheit von der Reichshauptstadt wird er das bringende Bedürfnis haben, seinen Ministerkollegen einen eingehenden Vortrag über seine politischen Unterredungen in San Remo und die vertraulichen Beratungen in Genf zu halten. Aus den Erörterungen des Außenministers vor den Vertretern der ausländischen Presse in Genf geht bereits hervor, daß Dr. Stresemann mit den alliierten Außenministern eingehend über das Räumungsproblem gesprochen hat. Er selbst kündigt schon jetzt deutsche Noten über das Räumungsproblem als nahe bevorstehend an und spricht gleichzeitig die Zuversicht aus, daß direkte Besprechungen über die Zurückziehung der Truppen aus dem Rheingebiet noch vor der Sommertragung des Völkerverbundes stattfinden werden. Die nächsten Kabinettsitzungen der kommenden Woche werden sich infolgedessen neben innerpolitischen Aufgaben vornehmlich mit dem Artikel 431 des Versailler Vertrages und der Abfassung einer Note an die Regierungen der Besatzungsmächte beschäftigen, in der ausdrücklich nach erfolgter effektiver Abrüstung Deutschlands die Abberufung der fremden Truppen verlangt werden wird. Nebenbei laufen die wichtigsten Besprechungen der deutschen und polnischen Diplomaten über die Beilegung der bestehenden Konfliktsstoffe. Die Warschauer Presse verhält sich gegenüber den Kompromißvorschlägen aus Genf ebenfalls zurückhaltend, da man Jaleski Gelegenheit geben will, sich über die näheren Umstände in Genf zu äußern. An Auseinandersetzungen gegen den polnischen Außenminister wird es in Warschau bestimmt nicht fehlen, aber Jaleski's Position ist hart durch die Unterstützung der großen politischen Freunde: Chamberlain und Briand. Beide haben sich sehr für einen Ausgleich der deutsch-polnischen Interessengegenüber verwannt und werden auch jetzt nicht verfehlen, das Warschauer Kabinett zu dem Genfer Erfolg zu beglückwünschen. An amtlicher Stelle bestehen jedenfalls nach den Nachrichten aus Genf keine Zweifel mehr darüber, daß die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen schon in nächster Zeit wieder aufgenommen werden, und tatsächlich ein Vertragsabschluss erfolgt, der den bestehenden Wirtschaftskrieg nach monatelangem Bestehen endlich aufhebt. Es liegt auch im Bereich der Möglichkeit, daß Jaleski auf seiner Rückreise nach Warschau nicht wieder über Wien fährt, sondern in Berlin Aufenthalt nimmt und dabei der Regierung einen Höflichkeitbesuch abstattet und für die kommenden diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland dem polnischen Volksoffizier direkt Instruktionen erteilt. Auch vor den Parteien wird Staatssekretär von Schubert oder der Reichsaußenminister persönlich auf die Genfer Eindrücke im Auswärtigen Ausschuss sprechen und dabei die wirkliche internationale Lage, besonders das russische Problem, erörtern.

Dr. Stresemann bei Jaleski

Abreise der deutschen Delegation Sonntag vormittag.
Genf, 11. 3. Die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Jaleski, die heute nachmittags im Hotel des Berges stattfand, dauerte von 5—6 1/2 Uhr. Um 7 Uhr wird Dr. Stresemann die deutsche Studentenschaft empfangen. Heute abend wird er an dem Diner beim deutschen Generalkonsul teilnehmen.
Die Abreise der deutschen Delegation ist nunmehr entgegen den ursprünglichen Dispositionen auf Sonntag vormittag 11 Uhr festgesetzt. Mit dem gleichen Zuge wird auch Dr. Stresemann Genf verlassen.

Die Ratssitzung der deutschen Delegation

Heute Entscheidung über die Saarfrage

Genf, 12. 3. (Zuspruch.) Die gestern nacht um 1/12 Uhr begonnenen Verhandlungen innerhalb der deutschen Delegation im Hotel Metropole dauerten bis 3 Uhr morgens.
Die deutsche Delegation ist zu dem Beschluß gelangt, in der um 1/11 Uhr beginnenden Vormittagsitzung des Völkerverbundes die Saarfrage in vollem Umfang zur Diskussion und auch zur Abstimmung zu stellen. Dr. Stresemann wird hierbei eine formelle Erklärung abgeben, in der der bekannte deutsche Standpunkt noch einmal darzulegen und die Rechtsgrundlage der deutschen Auffassung präzisiert werden wird. Die deutsche Regierung ist bereit, in einigen Fragen Entgegenkommen zu zeigen, verlangt aber Festsetzung des Termines für den Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet, genaue Bestimmung des Charakters des Wafenschutzes, das nicht befristet sein darf, gegen die Zivilbevölkerung einzuschreiten, und eine rein internationale Zusammenlegung, sowie eine wesentliche Herabsetzung der vorgeschlagenen 800 Mann aufzuweisen muß.
Der Bericht Senators Sinalojas wird sich darauf beschränken, den bekannten Vorschlag der Saarregierung dem Rate vorzulegen und dann lediglich die gegenwärtige Lage d. h. also die sich gegenüberstehenden Auffassungen der deutschen und französischen Standpunkte darzulegen. Es ist damit zu rechnen, daß der Rat in der heutigen Vormittagsitzung nach einer der Voraussicht nach lebhaften Diskussion wohl zum ersten Male in einer großen politischen Frage eine Ab-

stimmung vornimmt, in der es sich um wesentliche deutsche Interessen handelt. Soweit es bisher zu übersehen ist kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Abstimmung gegen Deutschland ausfallen wird.

Einigung in der Oberschlesienfrage

Vertragung der Luftschiffahrtfrage.
In der ober-schlesischen Frage scheint im Laufe der gestrigen Verhandlungen bereits ein gewisses Resultat erzielt worden zu sein.
Der Bericht des Berichterstatters Urutia wird die Übertragung erweiterter Machtbefugnisse auf den Präsidenten der gemischten Kommission Calonder vorschlagen, wobei dieser beauftragt werden soll, in jedem Einzelfall zu entscheiden, welche Schule das betreffende Kind besuchen soll. Ferner wird Calonder ein schweizerischer Pädagoge beigegeben werden. Die Kosten sollen von Polen getragen werden. Man nimmt an, daß der Völkerverbund sich ohne Debatte einigen wird.
Die Regelung der zivilen deutschen Luftschiffahrt wird in der heutigen Sitzung nicht behandelt, sondern verlagert werden.
Die Neubildung der Saarregierung erfolgt in einer an die heutige öffentliche Sitzung anschließenden Geheim Sitzung.
Hiermit dürfte dann die gegenwärtige Tagung des Völkerverbundes ihren Abschluß gefunden haben.

Verlegung des politischen Schwergewichts

(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 12. März.
In Genf herrscht schon wieder Abschiedsstimmung, obgleich erst in den beiden letzten Tagen die Punkte zur Verhandlung kommen, die Deutschland am meisten interessieren. In den ersten Tagen der Tagungswoche hatte man sich lediglich „privat“ über das deutsch-polnische und das saar-ländische Problem unterhalten und die Einigungsformel der deutschen und polnischen Unterhändler

Auswertungsbesprechungen des Kabinetts

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 12. März.
Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag zum erstenmal eingehend mit der Abänderung des Auswertungsgegesetzes, die der Reichsjustizminister Dr. Hergt in Vorschlag gebracht hat. Wie wir hören, begegnet die Absicht des Ministers dem Wünsche sämtlicher Regierungsparteien auf Beilegung der Auswertungspropaganda, die einen starken Zuwachs der Auswertungspropaganda in den Ländern zur Folge hatte und nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Reichspolitik geblieben ist. Trotzdem wird besonders in der Deutschen Volkspartei sehr zur Vorsicht gemahnt, damit die Reichsfinanzien über neue Verpflichtungen nicht in Unordnung geraten. Die Sozialdemokraten bereiten schon jetzt nach dem Bekanntwerden der Pläne Dr. Hergts eigene Vorschläge vor, die später als ein Mittel zur Wahlpropaganda benutzt werden sollen. Außerdem erfahren wir, daß man in Regierungskreisen an der Absicht festhält, das neu beantragte Volksbegehren in der Auswertung nicht zuzulassen.

die Schlachten, die jene zu schlagen wußten. „Schön ist nach dem großen das schlichte Heldentum!“ sagt der Dichter Ludwig Uhland. Größe verpflichtet mit seinem Glorienhalm unsterblicher Ruhmestaten. Welt mehr aber noch das wahre, das schlichte Heldentum derjenigen, denen wir nachzueifern wollen — die Beflegten, den Unbeflegten, die Siegen werden. Nicht Siegen werden mit den blanken Waffen, die man uns entwunden hat, sondern Siegen mit der Waffe des Geistes und der Wahrheit. Der Opferdurst der Getreuen, deren wir heute gedenken, und morgen nicht vergessen dürfen, ist Deutschlands Leben! — Das walle Gott.